



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Kerstin Tack

Hannover im Herzen.
Deutschland im Blick.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Corona-Pandemie hält das Land leider weiter im Griff.

Das hat finanzielle Folgen, die diejenigen besonders hart treffen, die ohnehin wenig haben. Deshalb hat sich der Koalitionsausschuss auf ein weitreichendes Maßnahmenpaket geeinigt, von dem vor allem Geringverdiener, Grundsicherungsempfänger, Künstlerinnen und Künstler sowie Solo-Selbständige profitieren. In dieser Ausgabe beschreiben wir die Maßnahmen.

Für die allermeisten wird die lange Zeit des beeinträchtigten Lebens eine immer größere Herausforderung. Der Verzicht auf die meisten Aktivitäten mit Familie und Freunden sowie die Freizeitgestaltung trifft alle hart und die Vorfreude auf den Frühling, der nach und nach wieder mehr möglich machen soll, ist groß.

Politisch wird nicht nur an Maßnahmen und Gesetzen zur Pandemie gearbeitet, sondern auch an den Vorbereitungen zum Wahlprogramm. Einen ersten Aufschlag dazu hat der Parteivorstand Anfang Februar mit dem Papier **Sozial.Digital.Klimaneutral.** gemacht. Es beschreibt die Schwerpunkte, die Olaf Scholz für seinen

Wahlkampf als Spitzenkandidat setzen will. Ergänzt werden diese Schwerpunkte durch das deutlich umfangreichere Wahlprogramm, das in den nächsten Tagen im Entwurf vorliegen, breit in der Partei diskutiert und auf einem Parteitag im Mai beschlossen werden wird.

Mit den Beschlüssen des Unterbezirkes Region Hannover wird jetzt auch der Weg zur Nominierung meiner Nachfolge im Wahlkreis 41 klarer. Durch den Beschluss zur Durchführung einer Briefwahl wird die Beteiligung aller Genossinnen und Genossen möglich. Das sollte zu einem guten Zeichen gelebter Demokratie führen und durch eine hohe Wahlbeteiligung dokumentiert werden.

In den anstehenden Wahlkämpfen zur Kommunal- und Bundestagswahl gilt es, gemeinsame und aufeinander abgestimmte Themen zu präsentieren und Personen und Programm in vielfältigen Formen mit den Hannoveranerinnen und Hannoveranern zu diskutieren. Dazu werden auch all Eure Ideen und Eure ganze Kraft benötigt.

Herzlichst Ihre und Eure
Kerstin Tack

Homeoffice wer kann!

Um die Corona-Pandemie weiter einzudämmen, hat der Bundestag mit der Corona-Arbeitsschutzverordnung zusätzliche Maßnahmen des betrieblichen Arbeitsschutzes erlassen. Denn nicht nur im privaten Umfeld sollten Kontakte beschränkt werden, auch im beruflichen Umfeld und auf dem Arbeitsweg ist dies wichtig.

Seit 21. Januar gilt, dass Arbeitgeber*innen verpflichtet sind, Homeoffice anzubieten und Arbeitnehmer*innen dazu angehalten sind, dies wenn möglich auch anzunehmen.

Sollte Homeoffice nicht möglich sein, gilt bei der Arbeitsstätte ein Flächenbedarf von 10 m² pro Person in einem Raum. Außerdem müssen Arbeitgeber*innen nun medizinische Masken zur Verfügung stellen. Das sind Maßnahmen, die schnell und kurzfristig wirken.

Bei den vielen Vorteilen, die wir gerade jetzt in der Krise durch Homeoffice sehen, ist es wichtig, dass wir perspektivisch auch Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit mitdenken.

Fortsetzung auf Seite 2

Eine weitere Milliarde für die Kultur - Hilfen für Kulturschaffende

Fortsetzung von Seite 1



Die Corona-Pandemie hält das Land weiter im Griff, der Lockdown wurde verlängert. Auch Kinos und Theater sind seit Monaten geschlossen, es finden keine Konzerte, keine Lesungen statt.

Dies trifft die Kreativschaffenden, die Künstlerinnen und Künstler sowie den ganzen Kultur- und Kunstbereich besonders hart. Bereits im Sommer 2020 wurde ein Rettungs- und Zukunftsprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro aufgelegt, um den Kulturbetrieb und die kulturelle Infrastruktur dauerhaft zu erhalten. Davon sind bereits in enger Abstimmung mit den unterschiedlichen Dachverbänden fast 900 Millionen Euro und damit rund 90% des gesamten NEUSTART KULTUR-Programms konkret belegt.

Deswegen unterstützen wir die Kulturbranche erneut mit einem Anschlussprogramm. Eine weitere Milliarde Euro fließt in das Rettungsprogramm „Neustart Kultur“. Dafür haben wir uns als SPD-Fraktion besonders eingesetzt. Allen Kulturschaffenden soll dies auch in Zeiten nach der Pandemie wieder auf die Beine helfen. Profitieren können u.a. Bibliotheken, Archive, Galerien, Kinos, Gedenkstätten, die Buchbranche, Museen, Festivals, Musikclubs, Rundfunk, Tanz oder Theater.

Die Kulturstatsministerin Grütters muss nun dafür Sorge tragen, dass diese Mittel zügig ausgegeben werden und da ankommen, wo sie dringend benötigt werden.

Mit der sogenannten „Neustarthilfe“ können auch viele Soloselbstständige, Künstlerinnen und Schauspieler eine Zahlung von bis zu 7.500 Euro beantragen. Es findet keine Anrechnung auf die Grundsicherung statt.

Homeoffice wer kann!

Auf Dauer ist der Küchentisch kein Arbeitsplatz, sondern eher gesundheitsgefährdend. Deswegen wird es höchste Zeit für das Mobile-Arbeit-Gesetz, an dem bereits gearbeitet wird. Auch im Homeoffice muss irgendwann Feierabend sein. Besonders wenn mobiles Arbeiten zur Regel wird, wird Arbeitszeiterfassung nötig. Ständige Erreichbarkeit verleitet zu einer Entgrenzung der Arbeitszeit. Das ist nicht gesund und auch nicht der Sinn von mobilem Arbeiten. Die Erfassung von Arbeitszeit muss kontrolliert und bei Verstößen auch sanktioniert werden.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es wichtig, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei mobiler Arbeit den gleichen Versicherungsschutz genießen, wie es im Büro der Fall wäre. Dies soll im Bedarfsfall auch den unmittelbaren Weg zu Kitas und Schulen umfassen.

Zukünftig sollen Arbeitnehmer*innen einen sogenannten Erörterungsanspruch haben. Arbeitgeber*innen müssen dann handfest begründen, warum Homeoffice aus betrieblichen Gründen ausgeschlossen ist.

Betriebsrätestärkungsgesetz

Eine starke betriebliche Mitbestimmung ist gut für die Wirtschaft und damit für die Unternehmen sowie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Seit fast 70 Jahren regelt das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) die Zusammenarbeit von Arbeitgeber*innen und Betriebsrat. Heute erleben wir jedoch zunehmend Druck auf die betriebliche Mitbestimmung. Gerade bei Neugründungen von Betriebsräten wird immer wieder versucht, eine Wahl zu verhindern und den Initiator*innen zu kündigen.

Deswegen fordern die SPD-Bundestagsfraktion und Bundesarbeitsminister Heil mit einem Gesetzentwurf, dass Gründung und Wahl von Betriebsräten erleichtert wird, und dass für Mitarbeiter*innen, die einen Betriebsrat gründen wollen, ein Kündigungsschutz eingeführt wird, .

Vorbereitungen zu einer Betriebsratswahl und die Versuche, Betriebsratswahlen zu behindern, beginnen aber schon, bevor überhaupt eine Einladung versandt wird. Daher sollen auch in dieser Vorfeld-Phase Initiator*innen vor Kündigungen geschützt sein, wenn sie eine beglaubigte Erklärung abgeben, dass sie einen Betriebsrat gründen wollen und mit Vorbereitungen beginnen.

Bundeswirtschaftsminister Altmaier lehnt den Kündigungsschutz jedoch grundsätzlich ab und blockiert deshalb den Entwurf.

Wir kämpfen aber weiter für die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und unsere Vorschläge im Gesetzentwurf.

Zusätzlich wollen wir mit dem Gesetz die Gründung und das Wahlrecht für die Jugend- und Auszubildendenvertretung erleichtern, mehr Mitbestimmung bei Anwendungen von künstlicher Intelligenz und bei mobiler Arbeit erreichen, sowie eine Vereinfachung der digitalen Arbeit herbeiführen.

Interview mit Prof. Dr. Axel Haverich

Vor einem Jahr waren die Corona-Hotspots noch weit entfernt und dass uns diese Pandemie in Deutschland in diesem Ausmaß betreffen wird, war noch keineswegs klar. Wie lief der Informationsaustausch unter Ihren internationalen Kontakten? Hatten Sie durch die internationale Vernetzung in der Wissenschaft die Chance, sich früher vorzubereiten?

An der MHH hatten wir den unschätzbaren Vorteil, Mitarbeiter aus Ländern (China und Italien) in unseren Reihen zu haben, die als erste von der Pandemie betroffen waren. Beide arbeiteten als Stipendiaten in unserem Kunsthertzprogramm und brachten täglich Informationen aus ihren Heimatstädten, Wuhan und Mailand. So wussten wir von überquellenden Krankenhäusern und Intensivstationen, vor allem von der jeweiligen Dynamik der Ausbreitung, bevor die ersten Patienten in Norddeutschland erkrankten. Wir bestellten sehr früh Maschinen zur extracorporalen Membranoxygenierung (ECMO) und planten mit Regionspräsident Hauke Jagau das Behelfskrankenhaus auf der Messe. Tägliche Anrufe aus Mailand von völlig überlasteten Kollegen führten auch dazu, dass wir die Landespolitik in Richtung des ersten Lockdowns berieten.

Wie beurteilen Sie allgemein die deutsche Reaktion auf die Pandemie?

In dieser Phase hat Deutschland regional und national sehr gut reagiert. Aber nicht nur politisch, sondern gesamtgesellschaftlich. Krankenhausbetten wurden reserviert, Bewohner in Alten- und Pflegeeinrichtungen so gut es ging geschützt und Gottesdienste abgesagt. Dies waren extrem wichtige Entscheidungen, die von den Menschen auch überwiegend akzeptiert wurden. Dies war zu einer Zeit, als die

Wissenschaft noch stritt, ob Abstriche sinnvoll wären und ein Mund-Nasenschutz überhaupt einen Effekt haben würde. Alles gemeinsam führte dazu, dass gegen Ostern 2020, 2 – 3 Wochen nach dem Beginn des Lockdowns, die Infektionsraten bereits zurückgingen und unsere Intensivstationen keineswegs überlastet wurden.

In welchem Land sollte man während einer Pandemie wie dieser am besten wohnen und warum?

Wegen dieser Situation in Deutschland, die uns ja ganz besonders von der Ausbreitung und den hohen Sterberaten in anderen europäischen Ländern, aber auch den USA unterschied, wurde ich vielfach kontaktiert, insbesondere aus den Vereinigten Staaten. Hier griff die Pandemie in einem ungebremsen Sturm durch die Bundesstaaten und man verstand nicht, warum das deutsche Gesundheitssystem das alles so viel besser schaffte. Viele glaubten, es seien Besonderheiten der Behandlung auf den besonders hochgerüsteten Intensivstationen, was aber überhaupt nicht der Fall war. Gerade in den USA war diese Fehlinformation so verbreitet, dass ich den Artikel „It’s not for high-tech-medicine, it’s for science and humanity“ schrieb. Darin hob ich auf unser Sozialsystem ab, in dem faktisch jeder eine Krankenversicherung hat und ältere Bürger durch die Pflegeversicherung geschützt sind, indem sie entweder in den eigenen Räumen oder in professionell betriebenen Einrichtungen medizinisch versorgt werden.

Im Gegensatz zum damaligen amerikanischen Präsidenten befolgte die deutsche Politik auf Landes- und auf Bundesebene den Rat von Medizinern und Wissenschaftlern, so z. B. in Bezug auf den Lockdown und die Abstands- und Besuchsregeln. Diese enge Kommunikation hatte vorsorglichen Charakter, um die Krankheit zu vermeiden, mit deutscher high-tech-Medizin hatten die Maßnahmen nichts zu tun. So war es auch der Bildungsstandard, nicht nur in der Spitze unserer Politik, sondern in der Breite der Bevölkerung,



der den frühen Erfolg in der Bekämpfung der Pandemie in der ersten Welle nach sich zog. Mit wenigen Ausnahmen folgten die Menschen den Maßnahmen, auch wenn sie manchmal schmerzhaft waren. An dieser Stelle gebührt sicher auch den öffentlichen Medien ein großes Lob.

Haben wir die Pandemie im Sommer dieses Jahres im Griff?

Ja, das haben wir, aber sie ist nicht vorbei. Wir werden es in Europa schaffen, die Infektion so in Schach zu halten, dass mit akribischer Nachverfolgung neuer Infektionen und entsprechenden Quarantänemaßnahmen keine Hotspots mehr entstehen. Wir werden den größten Teil der (willigen) Bevölkerung geimpft haben, so dass insbesondere die Alten- und Pflegeeinrichtungen sicher sind. Aber das Virus wird nicht verschwinden. Bei Auslandsreisen werden wir weiter Vorsicht walten lassen, auch umgekehrt bei Gästen, die uns aus Epidemie-Gebieten besuchen oder hier arbeiten bzw. leben möchten. Hier wird das nach meiner Einschätzung bleibende Rest-Risiko nicht auf Infektionen mit dem jetzt grassierenden Virus beruhen, sondern auf Varianten, die jederzeit, vielleicht jedes Jahr (?), ihre Erbsubstanz so verändern, dass stattgehabte Impfungen nicht mehr (voll) wirksam sind. Aber wir werden lernen mit diesem Virus umzugehen und brauchen als Ältere neben der Grippeimpfung im Herbst möglicherweise auch eine solche gegen Corona.

Es kann aber auch sein, dass Corona bei dem Gegenwind, den wir ihm in den letzten 12 Monaten entgegengesetzt haben, im Sommer seine Lebensgeister aufgibt – und für immer verschwindet.

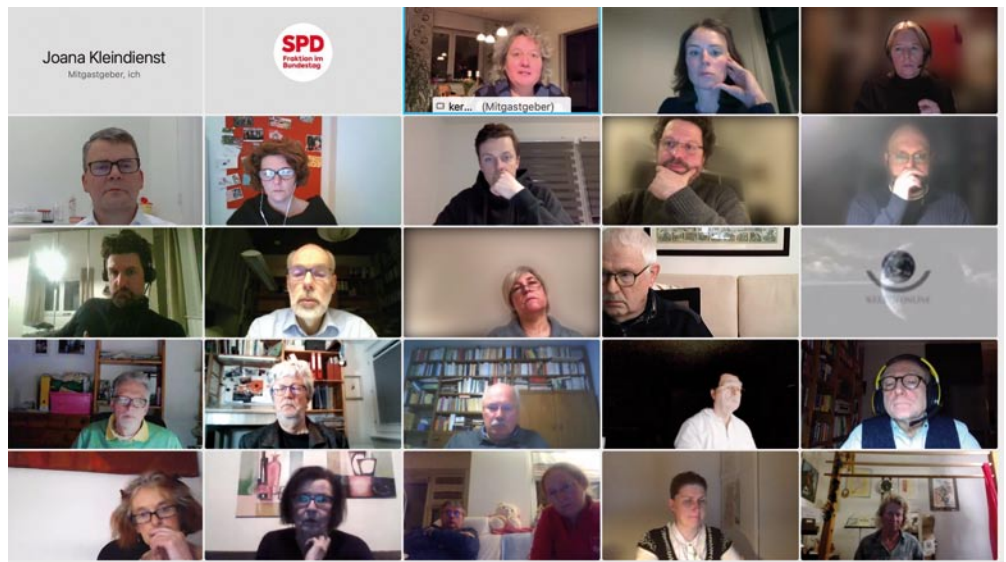
i Prof. Dr. Axel Haverich,
Jahrgang 1953,
ist Direktor der Klinik für
Thorax-, Herz- und
Gefäßchirurgie der MHH.

Wo stehen wir in der Corona-Krise? Fraktion vor Ort digital am 2. Februar 2021

Zugegeben, beim Titel der Veranstaltung hätten wir uns mehr Mühe geben können, aber inhaltlich waren wir selten mit einer Veranstaltung so glücklich, wie mit diesem Abend im weltweiten Netz der Möglichkeiten.

Die für Gesundheit zuständige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Bärbel Bas, ist für einen Lagebericht zur Bewältigung der Corona-Krise aus der Sicht der Bundespolitik genau die richtige Ansprechpartnerin. Der Impfpfiffel, der am Tag vor unserer Veranstaltung stattgefunden hatte, diente auch der Koordination verschiedener Firmen, die in der Lage sind, sich bei der Produktion von Impfstoffen zu beteiligen, um die Produktionskapazitäten auszuweiten. Sie berichtete über die kritischen Fragen der SPD zum Thema Impfstoffbeschaffung durch die EU und beschrieb das klare Ziel, bis zum Ende des Sommers allen Bürgerinnen und Bürgern ein Impfangebot zu machen. Der Fokus liegt für unsere Partei neben dem Impfen auf weiteren wichtigen Zukunftsfragen: Wie muss der öffentliche Gesundheitsdienst aufgestellt sein, um uns durch Pandemien wie diese zu bringen? Gibt es Handlungsbedarf beim Schutzmaterial? Wie sieht es mit neuen Testmöglichkeiten - auch für zu Hause - aus? Bei der Pandemiebekämpfung müssen diese Themen alle gleichzeitig bearbeitet werden und die SPD nimmt dies alles in den Blick.

Die niedersächsische Sozialministerin Dr. Carola Reimann hat zu Beginn ihres Impulses Verständnis dafür gezeigt, dass Homeoffice und Homeschooling zusammen eine große Belastung für die Familien darstelle, die man nicht ewig aushalten könne. Der niedersächsische Stufenplan solle einen Ausweg aus dieser Situation vorzeichnen und klare Perspektiven anhand von Inzidenzen aufzeigen, um das Durchhalten zu erleichtern. Das Ministerium habe zudem die Verbreitung der Mutationen und die Situation in den Krankenhäusern im Blick. Erfreulich sei, dass Niedersachsen bislang zu jeder Zeit anderen Ländern und Bundesländern mit Intensivbettenkapazitäten aushelfen konnte. Schwieriger sei gewesen, dass die Menge der angekündigten Impfstoffdosen mit jedem Gespräch mit dem Bundesgesundheitsministerium kleiner als im vorhergehenden Gespräch geworden sei und somit die Planungssicherheit zu Beginn der Impfkampagne in Niedersachsen auf wackeligen Füßen gestanden habe. Als positiven Ausblick kündigte Carola Reimann für das zweite Quartal deutlich höhere Mengen an Impfstoffen an und ihre Planung drehe sich auch schon um die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger im Sommer zusätzlich motiviert werden müssen, an einer Impfung teilzunehmen, wenn der Sommer wieder mit weniger Infektionsgeschehen einhergehen sollte.



Dr. med. Matthias Berndt, niedergelassener Hausarzt in Hannover und Vorsitzender des Hausärzterverband Niedersachsen e.V., hat in seiner Praxis seit dem Beginn der Pandemie 350 positiv getestete Corona Patient*innen betreut. Das seien mehr gewesen, als manche Klinik im Lande betreut habe. Sein Verband habe die niedergelassenen Hausärzt*innen dabei unterstützt, die Patient*innenströme zu trennen und zu entzerren und es sei gelungen, Ansteckungen von Patient*innen in Arztpraxen zu verhindern. Er habe beobachten können, wie der Umgang der Patient*innen mit der Pandemie sich im Verlauf gewandelt habe. Zunächst hätten nicht wenige gedacht, dass es von Vorteil sei, die Erkrankung möglichst frühzeitig durchzumachen, um das Thema hinter sich zu bringen. Als sich jedoch die

Berichte über Folgeschäden verbreiteten und man sah, dass Patient*innen teils um die acht Monate krank waren oder dauerhaft blieben, änderte sich dieses. Als Hausarzt beobachte er bei vielen Patient*innen den Verlust des Geruchssinns, Gedächtnisstörungen, Erschöpfung sowie Müdigkeit bis hin zur Erwerbsunfähigkeit auch schon bei jüngeren Patient*innen. Da es keine Therapieoptionen gebe, sei Prävention unser einziges Mittel und er rate daher dringend zu einer Impfung und wo möglich zur Verwendung von FFP2-Masken bei Kontakt zu anderen Menschen. Er betonte, dass er allen bislang in der EU zugelassenen Impfstoffen sehr vertraue und warb bei allen Teilnehmenden dafür, dass jede Person sich impfen lassen solle, um die persönliche Gesundheit zu erhalten und wieder ein normales Leben führen zu können. Er rechne mit einem Impfstart in Hausarztpraxen im Juni.

Die Teilnehmer*innen des Abends waren aufgefordert, im Chat Fragen an unsere Expert*innen zu stellen. Hier war eine wirklich sehr erfreuliche Beteiligung vieler Teilnehmenden und auch eine aktive Interaktion zwischen den Teilnehmenden zu beobachten, die bei einer Präsenzveranstaltung nicht möglich gewesen wäre. Die Teilnehmenden konnten während der Veranstaltung im Chat auch miteinander diskutieren und sich gegenseitig Fragen beantworten, was an solchen Abenden, wo man sonst die meiste Zeit still dem Podium lauscht, sonst nicht möglich ist.

Das neue Lieferkettengesetz

Mit dem Lieferkettengesetz schaffen wir zum ersten Mal ein Gesetz, welches Unternehmen in die Verantwortung nimmt, Menschenrechte einzuhalten und Kinderarbeit zu verhindern. In einer globalisierten Welt endet die Sorgfaltspflicht von Unternehmen nicht am Werkstor. Nur ein Fünftel der Unternehmen sind bisher ihrer menschenrechtlichen Verantwortung entlang ihrer Lieferkette nachgekommen. Das ist nicht genug und zeigt ganz deutlich: Freiwillige Selbstverpflichtung reicht nicht aus.

Künftig wird klar geregelt, was Unternehmen tun müssen und was sie nicht mehr tun dürfen. Es wird eine starke Kontrollbehörde geben. Bußgelder fließen in einen Fonds zur Stärkung menschenrechtlicher Sorgfalt in der globalen Wirtschaft.

Von Menschenrechtsverletzungen Betroffene haben mit der neu eingeführten Prozessstandschaft für Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen die Möglichkeit, gegen ausbeuterische Methoden deutscher Unternehmen vor deutschen Gerichten vorzugehen. Damit schlagen wir ein neues Kapitel auf und werden eines der effektiven Lieferkettengesetze in Europa haben. Darüber hinaus bleibt es wichtig, auch ein europaweites Lieferkettengesetz auf den Weg zu bringen.

Teilhabestärkungsgesetz

Teilhabe ermöglichen – Diskriminierung beenden

Das jetzt in das parlamentarische Verfahren kommende Gesetz stärkt die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und wirkt ihrer Diskriminierung entgegen.

Wer beispielsweise auf einen Assistenzhund angewiesen ist, dem darf der Zutritt zu öffentlichen und privaten Räumlichkeiten zukünftig nicht mehr verweigert werden. Gleichzeitig wird der Bund die Ausbildung von 100 Assistenzhunden finanziell unterstützen. Betroffene können so ein möglichst selbstbestimmtes, unabhängiges Leben führen.

Des Weiteren wird das Budget für Ausbildung auch für diejenigen offen stehen, die bereits im Arbeitsbereich einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen oder bei einem anderen Leistungsanbieter tätig sind. Das öffnet einen zusätzlichen Weg, um auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Und Menschen, die arbeitslos sind und gleichzeitig auf Rehabilitation (kurz „Reha“) angewiesen sind, erhalten durch das Gesetz künftig Zugang zu mehr Angeboten der aktiven Arbeitsförderung. Das erhöht ihre Eingliederungschancen in den Arbeitsmarkt.

Mit weiteren in dem Gesetz befindlichen Reformen sind das wichtige Schritte in Richtung einer inklusiven Gesellschaft.

Das Sozialschutzpaket III

Die Corona-Pandemie trifft diejenigen besonders, die schon vorher hilfebedürftig waren oder durch die Pandemie geworden sind. Mit dem Sozialschutzpaket III stärken wir erneut das soziale Sicherungsnetz und unterstützen all diejenigen, die es jetzt am dringendsten brauchen. Der erleichterte Zugang zur Grundsicherung wird verlängert, damit niemand seine Wohnung oder seine Rücklagen fürs Alter aufgeben muss. Erwachsene im Grundsicherungsbezug (Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter, Erwerbsminderungsrentner*innen, Menschen mit Behinderungen oder Asylbewerber*innen) erhalten einen durch Corona bedingten Zuschlag in Höhe von 150 Euro.

Die Sonderregelung für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Kitas, Schulen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung wird ebenfalls verlängert, damit die Kosten auch dann gedeckt sind, wenn das Mittagessen aufgrund der Pandemie geliefert oder abgeholt werden muss.



Darüber hinaus wird es einen Kinderbonus von 150 Euro geben, der nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird. So kommt die Hilfe dort an, wo sie dringend gebraucht wird.

Das Sozialschutzgesetz war erst nach intensiven Debatten in der Koalition möglich geworden. Wir freuen uns deshalb, dass es jetzt auf den Weg gebracht wurde.



Verteilaktion mit der Aktion Sonnenstrahl e.V. und der Obdachlosenhilfe Hannover e.V. am 20. Dezember 2020

Impressum:

kontakt | Ausgabe März 2021
V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de
kerstin.tack.wk@bundestag.de

Redaktion: Alexandra Dzaack, Joana Kleindienst, Fleming Krause, Michèle Rochau und Heidi Röder

Layout und Satz:
Knud Lagershausen
Gedruckte Auflage:
2.500 Exemplare
Redaktionsschluss:
19. Februar 2021

Bildnachweise:

S. 1 Nana | Kerstin Tack
S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
S. 1 Kerstin Tack | Susie Knoll
S. 2 Artikel Kultur/Mikrofon | hoffi99 / photocase.de
S. 3 Interview | Prof. Dr. Axel Haverich
S. 4 Fraktion vor Ort digital | Kerstin Tack
S. 5 Das Sozialschutzpaket III | Joana Kleindienst
S. 6 Kerstin Tack unterwegs | Kerstin Tack
S. 6 Telefonsprechstunde | Kerstin Tack



Technische Ausstattung für das Homeschooling für Empfänger*innen von Grundsicherung

In mehreren Gesprächen mit Schulen, der Region und später auch der Stadt Hannover sowie einer Elternvertretung (siehe Bericht im KontAKT Dezember 2020) wurde klar, dass beim aktuell vorliegenden Umsetzungsstand des Digitalpakt Schule nicht sichergestellt war, dass alle Kinder mit der notwendigen technischen Ausstattung versorgt werden. Es gab kein Sicherungsnetz, das „in letzter Instanz“ die zeitnahe Anschaffung der von der Schule vorgeschlagenen oder sogar vorgeschriebenen Tablets, Laptops oder auch Druckern ermöglichte, wenn ein Schüler oder eine Schülerin kein Gerät von der Schule erhalten hatte.

Kerstin Tack sagte den Beteiligten zu, sich um eine Lösung zu bemühen und konnte erreichen, dass die Jobcenter von Arbeitsmister Heil angewiesen wurden, für Empfänger*innen von Grundsicherung die Kosten für diese technische Ausstattung zu übernehmen. Dies gilt nur, sofern sie nicht bereits Geräte haben oder ihnen welche aus Mitteln des Digitalpakt Schule zugeteilt worden sind. Vor dem Hintergrund des vermutlich noch länger andauernden Heimunterrichtes ist dies eine sehr gute Nachricht für viele Familien.

Elterngeld - jetzt noch flexibler

Ende Januar hat der Deutsche Bundestag das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz reformiert, damit die Familienleistung noch besser an die Lebensumstände der Eltern angepasst werden kann.

Dafür wurde der Stundenkorridor beim Partnerschaftsbonus auf 24 bis 32 Stunden ausgeweitet. So können Eltern leichter wählen, ob sie drei oder vier Tage arbeiten wollen. Außerdem kann der Bonus künftig auch kürzer bezogen oder früher als geplant beendet werden. Damit sich Eltern auch in der Krise auf die Leistung verlassen können, wurde die Regelung verlängert, dass der Bonus nicht entfällt oder zurückgezahlt werden muss, wenn sie aufgrund der Corona-Pandemie mehr oder weniger arbeiten als geplant.

Eine besonders wichtige Regelung wurde für Eltern von zu früh geborenen Kindern beschlossen, denn sie stehen vor besonderen Herausforderungen. Je früher Kinder zur Welt kommen, desto mehr Zeit brauchen Eltern, um mögliche Entwicklungsverzögerungen aufzufangen. Deshalb gibt es in Zukunft einen Monat zusätzliches Elterngeld für Kinder, die sechs Wochen zu früh geboren werden. Für Kinder, die zwei, drei oder sogar vier Monate zu früh kommen, gibt es je einen zusätzlichen Monat.

Mit dieser Reform bleibt das sozialdemokratische Erfolgsmodell Elterngeld krisenfest und bietet zukünftigen Eltern noch mehr Planungssicherheit und Wahlmöglichkeiten.

Telefonsprechstunde

Die nächste telefonische Bürger*innensprechstunde findet am 9. März 2021 statt.

Terminvergabe über das Team im Bürger*innenbüro unter 0511-699805 oder kerstin.tack.wk@bundestag.de.

